

Turowicz, der am 27. Januar dieses Jahres im Alter von 86 Jahren in seiner Heimatstadt verstarb: „Ich denke, daß es für die Kirche in Polen am wichtigsten ist, daß sie lernt, gemäß dem Zweiten Vatikanischen Konzil zu denken. Das heißt, daß sie die Bedrohungen des Glaubens, die natürlich eine Herausforderung bleiben, nicht als den Erfolg feindlicher

Kräfte ansieht, sondern als eine Begleiterscheinung der heutigen Zivilisation. Sie sollte also nicht damit antworten, daß sie sich gegenüber der Außenwelt verschließt, sondern mit der Humanisierung der Gesellschaft und damit, daß sie Zeugnis ablegt in der Welt.“ (Der Doyen des polnischen Journalismus – Jerzy Turowicz, in: D. Körner, a.a.O., 133). *Ulrike Kind*

## „Nicht noch einmal Srebrenica“

Ein Gespräch mit dem Politologen und Friedensforscher Gert Krell

*Viel länger als geplant dauert nun schon der NATO-Einsatz gegen Serbien, mit dem Vertreibung und Ermordung der Kosovoalbaner verhindert werden sollte. Über die Ursachen des Kosovokrieges, die völkerrechtliche Problematik der NATO-Intervention und die Ambivalenz militärischer Mittel sprachen wir Anfang Mai mit dem Frankfurter Politologen und Friedensforscher Gert Krell. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.*

HK: Herr Krell, Massenvertreibungen und endlose Flüchtlingstrecken, ein völkermordverdächtiges Vorgehen von Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppierungen – vor der eigenen Haustür hatte damit im westlichen Europa niemand mehr gerechnet. Die Erschütterung über diese neuen Konflikte manifestiert sich schon in Sprachverlegenheit: Mal ist vom Bürgerkrieg im Kosovo, mal von ethnischen Auseinandersetzungen die Rede. Das klassische Begriffsinstrumentarium scheint zur Charakterisierung und Kategorisierung dieser Konflikte kaum geeignet. Kann man das Kosovo-Drama als Krieg bezeichnen?

Krell: Wenn ein Konflikt eine solche Massendimension annimmt und mit organisierter Gewalt verbunden ist, dann muß man ihn wohl als Krieg bezeichnen. Auf begriffliche Unterscheidung und Abstufung sollte freilich nicht verzichtet werden. Es gibt ja in Europa, allerdings auf relativ kleiner Flamme, auch andere Auseinandersetzungen zwischen Religions- oder Volksgruppen: das Baskenproblem etwa oder den Nordirlandkonflikt. Sie erlangten aber nie diese Größenordnung, eskalierten nie zu Massenvertreibungen und Massenmorden, wie wir sie in den letzten Jahren auf dem Balkan erlebt haben. Äußerst vorsichtig sollten wir aber mit der sehr vordergründigen Charakterisierung „ethnischer Konflikt“ sein. Denn wahrscheinlich gehen wir mit dieser Kategorisierung den Rassisten schon auf den Leim. Es ist durchaus möglich, daß diese Konflikte ganz andere Ursachen haben, jedoch nachträglich sozusagen ethnisiert werden; das Ethnische – für sich schon eine recht fragwürdige Kategorie – wird instrumentalisiert für ganz andere Zwecke. Im Falle des Balkans scheint mir dies ein ganz entscheidender Punkt zu sein.

HK: Dabei scheint diese Kategorisierung schon höchst differenziert. Weil Christen gegen Muslime kämpfen, wird auch am Ende dieses Jahrhunderts die Renaissance religiöser Konflikte beschworen ...

Krell: Auch das sind sehr problematische Begriffe. Beispielsweise war Jugoslawien ein kommunistisches Land. Damit ist doch höchst fraglich, welche Rolle religiöse Bindung in der Bevölkerung überhaupt noch spielt. Da werden nun aus Geschichte und kultureller Tradition Vorstellungen wiederbelebt, die in vielen Fällen längst nicht mehr die trennende Bedeutung gehabt haben. Ich halte es nicht für sinnvoll, wenn jetzt in der deutschen Presse überall von uralten Konflikten und uraltem Haß die Rede ist. Der Amselfeldmythos, die alte Ost-West-Linie zwischen Rom und Byzanz – da mag ein Körnchen Wahrheit daran sein. Nur, diese Erklärungsmuster reichen bei weitem nicht aus, um wirklich zu verstehen, was aktuell in Bosnien oder im Kosovo geschieht. Hier geht es sehr konkret um Macht, Machterhalt und die wirtschaftlichen Interessen bestimmter Gruppen, die sich eine allgemeine politische und gesellschaftliche Verunsicherung und natürlich auch die ökonomische Krise zunutzen machen. Die gegenseitige Abgrenzung von Serben und Albanern läßt sich hierfür bestens instrumentalisieren.

HK: Wie kann das westliche Europa, die Staatengemeinschaft mit den klassischen politischen und rechtlichen Instrumentarien auf solche Gruppen und ihre Machtstrategien reagieren?

Krell: Der Kosovo-Konflikt zeigt, daß es dafür keine Patentrezepte gibt. Gleichwohl wird uns dieses Problem speziell im

Bereich der Nachfolgesellschaften der ehemals sozialistischen Länder noch eine ganze Weile beschäftigen. Wir haben es hier an verschiedenen Stellen mit Gruppierungen zu tun, die auf persönliche Bereicherung aus sind, die sich die Filetstücke der alten Ökonomie unter den Nagel gerissen haben und nun innerhalb der eigenen Klientel verwalten und organisieren – mit Auslandskonten und allen anderen üblichen Begleiterscheinungen. Zynisch benutzen sie Konflikte in der Bevölkerung, um die eigene Macht zu erhalten. Der richtige Umgang damit ist höchst schwierig. Wie wir jetzt im Kosovo feststellen müssen, kümmert es diese Cliques doch nicht, wenn Tausende krepieren, ihre Lebensgrundlage verlieren, aus ihren angestammten Lebensräumen vertrieben werden. Möglicherweise ist dies sogar Bestandteil ihrer Machterhaltungsstrategie. Offenbar nimmt Milošević sogar noch in Kauf, daß Serbien kaputtgeht.

„Die Kritik an einer vermeintlich immer zu kurzatmigen Politik ist zu einfach“

HK: *In jedem Fall scheint weder das internationale Recht noch die Politik auf diese Art von innerstaatlichen Konflikten in Europa angemessen vorbereitet...*

Krell: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gab es eine kurze euphorische Phase. In der „Charta von Paris“ ist diese Euphorie dokumentiert. Ein neues Europa wurde eingeläutet. Endlich schien man sich in Europa den eigenen und eigentlichen Aufgaben widmen zu können. Dann kam es zu diesen dramatischen Verwerfungen, den gewaltsamen, kriegerischen Auseinandersetzungen, die man für längst überwunden hielt. So konnte man sich nicht vorstellen, daß es in Europa noch einmal zu Massenvertreibungen kommen könnte, am Ende eines Jahrhunderts, das schon viel zu viele Vertreibungen gesehen hatte. Die OSZE war darauf überhaupt nicht eingerichtet.

HK: *Der Bosnien- und nun der Kosovokrieg zeigen, daß auch die Vereinten Nationen diesen Konflikten nicht gewachsen sind...*

Krell: Die UNO ist in ihrer Anlage und Grundstruktur sehr stark auf zwischenstaatliche Kriege ausgerichtet. Das ganze völkerrechtliche Instrumentarium tut sich, des klassischen Nichteinmischungsgebotes wegen, sehr schwer mit Bürgerkriegen. Schon in Somalia hat sich dieses Problem gezeigt oder auch im Irakkrieg. Letzterer wurde ja zunächst als zwischenstaatlicher Konflikt definiert und paßte so in vertraute Kategorien. Mit der Vertreibung der irakischen Kurden und der Flüchtlingsproblematik erlangte er aber eine andere Dimension.

HK: *Was hätte die Staatengemeinschaft aus dem Krieg in Bosnien lernen sollen, was dieses Drama im Kosovo hätte verhindern können?*

Krell: Was immer wieder aus solchen Konflikten gelernt werden kann, ist, wie leicht Warnsignale übersehen werden. Und es gab deutliche Warnsignale: Der Präsident der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina, *Alija Izetbegović*, reiste damals durch Europa und bat händeringend um Friedenstruppen. Sein kroatischer Amtskollege Tudjman flehte beim Beschuß von Dubrovnik die Staatengemeinschaft an, endlich einzugreifen. Aber noch befand sich der Krieg auf sehr niedrigem Niveau, und die Staatengemeinschaft tat sich mit einer Entscheidung furchtbar schwer. Ein Eingreifen ist immer mit erheblichen Risiken verbunden. Wenn es aber überhaupt eine Chance gibt, solche gewaltmächtigen Konflikte zu verhindern, muß frühzeitig reagiert werden.

HK: *Im Grunde eine recht banale Erkenntnis...*

Krell: Das Problem ist, daß in der Frühphase eines solchen Konfliktes die Situation noch nicht so dramatisch aussieht. Und wir machen es uns zu leicht mit der Kritik an einer vermeintlich immer zu kurzatmigen Politik, mit dem Vorwurf, man hätte die Eskalation doch voraussehen und viel früher bearbeiten müssen. Dies ist eine grundlegende Überschätzung der Politik, deren Entscheidungsfindung eben nicht in solchen systematischen, planbaren und voraussehbaren Prozessen verläuft.

HK: *Haben die Erfahrungen des Bosnienkrieges nicht vor allem deutlich gezeigt, daß früher und vor allem glaubhaft mit dem Einsatz von Gewalt gedroht werden muß?*

Krell: Das ist eine politisch sehr kontroverse Frage. Es kann für den Fall des Kosovo durchaus zutreffen, daß man zu einem früheren Zeitpunkt sehr viel härter und deutlicher dem serbischen Imperialismus hätte signalisieren müssen, daß er die Grenze überschritten hat. Vielleicht hätte so eine Chance bestanden, die Ausbreitung dieses Bürgerkrieges – wenn man die Auseinandersetzungen überhaupt so nennen will – zu verhindern. In den Kellern des ostslawonischen Vukovar haben Serben und Kroaten gegessen, die kaum Probleme miteinander hatten, bis serbisches Militär die Stadt unter Beschuß nahm. Europa und die Staatengemeinschaft haben das hingenommen. Es gab damals durchaus westliche Militärs, die empfahlen, die serbische Artillerie aus der Luft zu bombardieren. Niemand wollte zu diesem Zeitpunkt das Risiko einer militärischen Intervention auf sich nehmen.

HK: *Hatte es aber im sicherlich einfacheren Rückblick in Bosnien überhaupt ernsthafte Alternativen zum letztlich dann doch erfolgten Militäreinsatz gegeben?*

Krell: Vielleicht wäre „Peacekeeping“ eine Option gewesen. In Mazedonien hat sich die UNO dazu entschieden. Leider hat China kürzlich eine Verlängerung dieses Mandats verweigert. Die Mission im Norden Mazedoniens hat sich als sehr

fruchtbar erwiesen, weil sie eher politische als militärische Funktion hatte und in den innerethnischen Konflikten in Mazedonien offenbar sehr produktiv vermitteln konnte.

**HK:** *Im Kosovo hat Ende März schließlich wieder die NATO das Heft in die Hand genommen, allerdings ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates. Völkerrechtsexperten ebenso wie Friedensgruppen haben diese Selbstmandatisierung heftig kritisiert. Für die Regierungen und die Öffentlichkeit der NATO-Mitgliedstaaten schien zumindest in der Anfangsphase der Intervention die moralische Rechtfertigung ausreichend: Man wollte eine humanitäre Katastrophe verhindern. Kann eine moralische Legitimation die schwache oder fehlende völkerrechtliche Basis ersetzen?*

**Krell:** Es bleibt grundsätzlich problematisch, wenn eine Gruppe für sich beansprucht zu entscheiden, was Recht und Unrecht ist. Ein Rechtsstaat zeichnet sich gerade dadurch aus, daß diese Entscheidungskompetenz klar geregelt ist. Entsprechendes gilt für die internationale Politik. Die UN-Charta legt fest, daß nur der Sicherheitsrat eine Gefährdung des Friedens feststellen kann. Wenn nun aber der Sicherheitsrat lahmgelegt ist und diese Funktion der Friedenssicherung nicht wahrnimmt, massive Menschenrechtsverletzungen toleriert oder zumindest nichts dagegen tut, dann kann es eben auch ein höheres Recht geben, das zum Schutz dieser Menschenrechte verpflichtet. Im heutigen Völkerrecht stehen die Rechte der Staaten eben nicht mehr ungefragt über denen der Menschen. Gleichwohl bleibt eine solche Intervention höchst problematisch.

**HK:** *Steht hier nicht auch so etwas wie ein Glaubwürdigkeitsverlust zu befürchten? Die NATO-Staaten werden künftig andere Staaten noch sehr viel schwerer zum Verzicht von Gewalt oder zur Befolgung der für alle geltenden Regeln anhalten können, wenn sie sich selbst – zumindest vordergründig – davon dispensieren.*

**Krell:** Es ist in jedem Fall erforderlich, das Völkerrecht so weiterzuentwickeln, daß eine solche Dynamik wieder eingefangen werden kann. Sonst droht die Gefahr der Rechtlosigkeit, in der jeder für sich in Anspruch nimmt, gravierende Menschenrechtsverletzungen festzustellen und einzugreifen, gar noch mit militärischer Gewalt. Recht muß an im Konsens verabredete Verfahren gebunden bleiben.

**HK:** *Ist es umgekehrt nicht aber auch ein erfreulicher Fortschritt, daß es zu einer solchen Intervention der NATO zur Verhinderung einer „humanitären Katastrophe“ gekommen ist? Wie problematisch ist der Rekurs auf „moralische“ Kriterien?*

**Krell:** Es gibt keinen Staat und auch kein Staatenbündnis, das nur nach moralischen Kriterien handelt. Immer ist staatliches Handeln an Interessen gekoppelt. Damit stellt sich das Problem, wie man einerseits Interessen an rechtsförmige Verfahren binden und auf der anderen Seite sicherstellen kann, daß moralische Gesichtspunkte nicht völlig an diesen Interessen scheitern. Daß China und Rußland Schwierigkeiten hatten, sich der westlichen Position anzuschließen, hat auch mit engstirnigen und kurzfristigen Interessen zu tun, die keineswegs besonders legitim sind. China fürchtet, mit seinem Tibetproblem konfrontiert zu werden, und Rußland führte in Tschetschenien selbst Krieg gegen eine Volksgruppe, die aus dem Staatsverband ausscheiden wollte.

**HK:** *Machen es sich demnach auch diejenigen zu einfach, die darauf bestehen, daß man ohne Beschluß des Sicherheitsrates im konkreten Fall einfach nicht hätte eingreifen dürfen?*

**Krell:** Diese Haltung ist mir zu unkritisch denen gegenüber, die sich einem gemeinsamen Entscheidungsprozeß auf der Ebene der Vereinten Nationen verweigert haben. Umgekehrt kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß die NATO nicht intensiv genug einen solchen gemeinsamen Entscheidungsprozeß gesucht hat. So etwas wie „Arroganz der Macht“ ist hier sicherlich mit im Spiel: Die NATO wollte auch demonstrieren, wer die Ordnungsmacht in Europa ist. Man darf aber bei der Beurteilung des NATO-Einsatzes auch die Vorgeschichte nicht vergessen. Die schrecklichen Geschehnisse im bosnischen Srebrenica haben nachhaltig Politiker und Politikerinnen geprägt, die nun auch im Kosovo zu entscheiden hatten. Dies gilt besonders für die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright. Srebrenica war seinerzeit von den Vereinten Nationen zur Schutzzone erklärt worden. Aufgrund von Entscheidungsinkompetenz war die UNO aber nicht in der Lage, die Menschen in dieser Schutzzone auch wirklich zu schützen. Tausende sind auf brutale, bestialische Weise von serbischer Soldateska ermordet worden. Das sollte nicht noch einmal passieren.

**HK:** *Auch der Somalia-Einsatz der UNO wird immer wieder als Beispiel dafür bemüht, wie sehr sie sich selbst als Vermittlerin und Friedensstifterin diskreditiert hat. Kann diese offenkundige Handlungsunfähigkeit des Sicherheitsrates die Selbstmandatisierung der NATO dann nicht doch rechtfertigen?*

**Krell:** Jetzt alles auf die UNO zu schieben, heißt zu übersehen, daß die Entscheidungsprozesse in der UNO oft sehr schwierig sind. Ihre Lähmung rührt doch auch daher, daß die Mitgliedstaaten die Kooperation verweigern. Dennoch: Zum

Somalia-Einsatz liegen mittlerweile ausführliche Dokumentationen von UNO-Diplomaten vor. Sie zeigen deutlich, daß es immer zu wenig und immer zu spät war, was die UNO unternommen hat. Sie muß in ihren Entscheidungsprozessen handlungsfähiger werden und schneller agieren. So müßte sie beispielsweise in der Lage sein, schnell eine Friedenstruppe zu verlegen. Dies ist aber nach wie vor nahezu unmöglich.

*HK: Wenn sich nun auch am Kosovo-Konflikt wiederum Schwächen und Defizite des Völkerrechts gezeigt haben – mit welcher Perspektive sollte die völkerrechtliche Diskussion weitergeführt werden? Das serbische Regime berief sich in der Verurteilung der NATO-Intervention mit größter Selbstverständlichkeit vor allem auf das Nichteinmischungsgebot.*

*Krell: Das Völkerrecht tut sich nach wie vor schwer mit dieser Spannung zwischen der Souveränität der Staaten auf der einen Seite und den Menschen- und Bürgerrechten auf der anderen. Das Nichteinmischungsgebot stellt sicherlich ein wichtiges Gut dar, das es zu schützen gilt und das nicht einfachhin aufgegeben werden darf. Nur, der Schutz der Menschenrechte ist ein ebensolches Gut.*

*HK: Was aber macht man, wenn ein Staat Teile des eigenen Volkes massakriert?*

*Krell: Das ist die entscheidende völkerrechtliche Herausforderung, mit der wir es gegenwärtig zu tun haben. Übrigens keine völlig neue Herausforderung, denn ansatzweise besteht sie seit der Etablierung des Staatensystems 1648. Eine dramatische Dimension hat sie in dem Maße erlangt, wie die Menschen- und Bürgerrechte mit der Demokratisierung der Staatenwelt an Bedeutung gewonnen haben und das Völkerrecht immer mehr den einzelnen Bürger in Blick nimmt. Das Völkerrecht, das ursprünglich ein Staatenverkehrsrecht war, wird immer mehr auch zu einem Recht der Bürgerinnen und Bürger, der Personen, die die Völker bilden.*

*HK: Wird der Kosovo-Konflikt beschleunigend und konstruktiv auf diese Diskussion wirken? Wie stehen die Chancen für eine Weiterentwicklung?*

*Krell: Sehr optimistisch bin ich da nicht. So haben gerade die USA als verbliebene Supermacht im Augenblick sehr große Probleme, sich auf eine solche Weiterentwicklung einzulassen. Wir beobachten dort eine Renaissance des – die Bezeichnung ist schwierig – Nationalismus oder Unilateralismus, die ausgeprägte Tendenz, die eigene Handlungsfreiheit zu sichern und sich nicht von anderen hereinreden zu lassen. Völkerrechtliche Regelung aber bedeutet immer Abgabe von Souveränität.*

*HK: Ist künftig realistisch mit dem Einsatz transnationaler Militärmächte zu rechnen, wo immer es gilt, massive Menschenrechtsverletzungen zu verhindern?*

*Krell: Die Frage nach militärischen Interventionen steht für mich nicht an erster Stelle. Militärische Mittel sollten immer nur als allerletzte Reserve überhaupt diskutiert werden.*

*HK: Besteht aber nicht auch Gefahr, daß der „Präzedenzfall“ Kosovo mißbraucht wird?*

*Krell: Der Präzedenzfall Kosovo kann mißbraucht werden. Aber auch hier sollte man die Gefahr wiederum nicht überschätzen. Auf der NATO-Jubiläums-Tagung in Washington haben die Regierungschefs der Mitgliedstaaten deutlich gemacht, daß eine solche NATO-Intervention die Ausnahme bleiben soll. Die Gegenkräfte haben sich bereits formiert. Ich kann mir beispielsweise nicht vorstellen, daß die Bundesregierung ohne wirkliche Deckung durch die UNO einen zweiten ähnlichen Einsatz mittragen würde. Jede Gruppierung demokratischer Staaten und damit auch die NATO tut sich erfreulicherweise grundsätzlich schwer mit militärischer Gewalt. Ich habe wirklich keine Sorge, daß wir nun jedes Jahr eine solche Intervention erleben; nicht zuletzt deshalb, weil sie mit enormen Kosten verbunden sind.*

„Die eine Menschenrechtsverletzung nicht gegen andere ausspielen“

*HK: Kritiker und Gegner der NATO-Intervention weisen noch auf eine weitere Glaubwürdigkeitslücke hin: In Ruanda hat die Staatengemeinschaft zugeschaut, wie Hunderttausende einfach umgebracht wurden. Im Sudan, in Angola ist die „humanitäre Katastrophe“ seit Jahren unübersehbar, und doch unternimmt die Staatengemeinschaft kaum etwas. Und warum toleriert die NATO bis heute die Menschenrechtsverletzungen der Türkei an der kurdischen Minderheit? Zieht nicht vor diesem Hintergrund der NATO-Einsatz im Kosovo zwangsläufig doch den Verdacht einer interessengeleiteten Moral auf sich?*

*Krell: Diese Kritik ist sicher nicht unberechtigt, und ich sehe auch das Problem einer selektiven Moral. Andererseits kann man nicht einfach argumentieren: Weil dort nichts gemacht wurde, machen wir jetzt im Kosovo auch nichts. Die eine Menschenrechtsverletzung darf nicht gegen die andere ausgespielt werden. Man kann nicht die Welt von heute auf morgen ändern. Für Europa ist das, was auf dem Balkan geschieht, eindeutig näher. Und nicht nur aus einer engen Interessenperspektive, obwohl nicht zuletzt der Flüchtlingsproblematik wegen direkte Interessen berührt sind. Es geht auch um unser Selbstverständnis. Europa als ein demokratisches Europa, das den Menschenrechten seit der Französischen Revolution verpflichtet ist, in dem die Menschenrechte einen immer höheren Stellenwert erlangt haben, die Menschenrechtsidee auch die oppositionellen Gruppen im ehemals kommunistischen Osteuropa beflügelt hat, muß sich dieser Herausforderung stellen. Einen einfachen Ausweg aus*

dem Dilemma selektiver Moral gibt es sicherlich nicht. Ein Ansatzpunkt wäre vielleicht eine stärkere Regionalisierung des Menschenrechtsschutzes. Man wird nicht alles den Vereinten Nationen überlassen können.

*HK: Nachdem das NATO-Bombardement sich über Wochen hinzuziehen begann, wandelte sich auch das Urteil über diesen Einsatz: Eine humanitäre Intervention der Absicht nach, nicht aber in ihrer Wirkung. Welche Konsequenzen sollten aus der konkreten Entwicklung des NATO-Einsatzes gezogen werden?*

*Krell:* Die Amerikaner merkten selbst recht schnell, daß sie ihre militärischen Fähigkeiten überschätzt haben. Wenn sich die künftige Diskussion nicht von den Videoaufnahmen der Laser-Bomben blenden läßt, wird noch kritischer zu prüfen sein, was das militärische Instrumentarium den Menschen genutzt hat, zu deren Schutz es eingesetzt wurde. Die Gewalttaten gegen die Kosovoalbaner, ihre Vertreibung hat sich im eskalierenden Krieg nur noch verschärft, das Leid unschuldiger Menschen kommt hinzu, während die, die dieses ganze Leid verursacht haben, in Amt und Würden bleiben.

*HK: Hätte die NATO demnach gar nicht militärisch intervenieren sollen?*

*Krell:* Jeder sollte wirklich froh sein, der dies nicht zu entscheiden hatte. Ich würde mich selbst als einen Pazifisten bezeichnen, der nicht grundsätzlich jede Art von Gegengewalt ausschließt. Dabei bleibt die Anwendung von Gewalt immer problematisch, selbst wenn es eine Gewaltanwendung ist, die sich gegen offene Aggression richtet. In jedem Fall muß eine solche Gewaltanwendung sehr sorgfältig erwogen, die immer bestehende Eskalationsgefahr mitbedacht, die Relation zwischen Zielen und Mitteln geprüft werden. Das militärische Instrumentarium tendiert immer dazu, sich zu verselbständigen. Im konkreten Fall im Kosovo müssen wir bislang leider feststellen, daß es eine große Diskrepanz zwischen den Zielen und den angewendeten Mitteln gibt.

„Die stille Diplomatie müßte stärker beachtet und gefördert werden“

*HK: Hat die NATO die falschen Schlüsse aus den Fehlern des Bosnienkrieges gezogen?*

*Krell:* Offenkundig hat sie sich verspekuliert, als sie dachte, daß die Drohung oder ein Bombardement von zwei drei Tagen Milošević zum Umdenken bewegen könnte. Auch wenn die Strategie der NATO letztlich aufgeht, wird ein Großteil der Kosovoalbaner vertrieben und umgebracht sein: Was aber hat man dann erreicht? Auch wenn man hinterher immer klüger ist, muß für die langfristige Entwicklung von Alternativstrategien gefragt werden, ob in diesem konkreten Fall wirk-

lich alle anderen Möglichkeiten erschöpft waren, ob es nicht andere Mittel gegeben hätte, mit diesem Gewaltregime umzugehen. Aber Patentrezepte werden wir nicht finden.

*HK: Bei aller gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung – welche Hinweise gibt der Verlauf des Kosovokriegs für die Entwicklung solcher Alternativstrategien?*

*Krell:* Natürlich läßt sich fragen, ob man beispielsweise nicht stärker die serbische Opposition hätte unterstützen müssen. Auch dies war ja ein großes Manko der NATO-Strategie: die Opposition konnte nicht mehr opponieren, weil das eigene Land bombardiert wurde. Oder, warum wurde erst nach vier Wochen NATO-Bombardement von der EU ein Balkanplan diskutiert? Die ganze südosteuropäische Region kam bis dahin in den Plänen für ein neues Europa nicht vor. Die wirtschaftliche Entwicklung des Balkans aber ist ein ganz entscheidender Gesichtspunkt, sollen weitere solche Konflikte langfristig vermieden werden. Und nicht vergessen werden sollte, daß es durchaus gute Ansätze mit den OSZE-Beobachtern im Kosovo und den „Peacekeeping“ – Truppen in Mazedonien gab. Wir müssen uns dringend überlegen, ob dieses Instrument künftig nicht sehr viel stärker genutzt werden könnte: Die präventive Stationierung von nur leicht bewaffneten Peacekeeping-Truppen, die eher zivile, politische Aufgaben wahrnehmen.

*HK: Haben sich nicht gerade die OSZE-Beobachter im Kosovo als ziemlich hilflos erwiesen? Wie könnte dieses Instrument gestärkt werden?*

*Krell:* Es gibt durchaus Experten, die glaubhaft machen können, daß die OSZE im Kosovo gar nicht erst die Chance bekommen hat, auszuprobieren, wie weit sie mit ihren nicht-militärischen Mitteln, mit ihrer Beobachter- und Vermittlungstätigkeit gelangen konnte. Natürlich ist die OSZE in ihren Entscheidungsprozessen enorm schwerfällig, weil so viele Länder beteiligt sind. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sie sehr viel „Friedensförderndes“ und politisch Sinnvolles leistet. In der europäischen Öffentlichkeit ist dies leider wenig bekannt. Die stille Diplomatie, die versucht, gewaltsame Auseinandersetzungen erst gar nicht entstehen zu lassen, müßte sehr viel stärker beachtet und vor allem auch substantiell gefördert werden. Die Möglichkeiten der OSZE sind in jedem Fall noch lang nicht ausgereizt, und von daher bleibt es problematisch, wenn sich die NATO als doch vorwiegend militärisches Bündnis so in den Vordergrund drängt.

*HK: Welche Konsequenzen sollte die EU für ihre gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik aus diesem Konflikt, unmittelbar vor ihrer Haustür ziehen?*

*Krell:* Für die EU zeigt sich einmal mehr, wie dringlich es ist zu klären, was künftig unter Europa verstanden werden soll.

Daß Mittel- und Ostzentraleuropa dazugehören, ist unbestritten, was aber ist mit Südosteuropa? Die EU ringt derzeit mit der Osterweiterung: Enorme wirtschaftliche Asymmetrien müssen bewältigt werden, sehr junge und instabile Demokratien treffen auf Länder, in denen sich die Demokratie dauerhaft etabliert hat. Und die EU ist eine schwerfällige Bürokratie, in der nur gehandelt wird, wenn dringender Handlungsbedarf erkennbar ist. Wahrscheinlich gab es auch schon vor zehn Jahren einzelne Stimmen, die gewarnt haben, die EU müsse einen Marshallplan für den Balkan entwickeln, weil es sonst dort zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen kann. Wenn Europa dauerhaft mit sich selbst im reinen und in halbwegs politisch stabilen und rechtlich gesicherten Verhältnissen leben will, kann es nicht zusehen, wenn Tausende aus ihren angestammten Lebensverhältnissen vertrieben, aus dem Land geworfen oder umgebracht werden.

HK: *Je länger das NATO-Bombardement dauert, scheint die anfänglich überwiegende Zustimmung zu dem NATO-Einsatz auch in der deutschen Öffentlichkeit und unter deutschen Politikern zu schwinden. Wie wird sich der Kosovo-Krieg auf die*

*künftige sicherheits- und außenpolitische, die friedensethische Diskussion auch bei uns auswirken?*

Krell: In der gegenwärtigen Diskussion werden gerade von den friedensorientierten Gruppen die kurzfristige und die langfristige Perspektive gegeneinander ausgespielt. Die einen verweisen darauf, daß es den Vertriebenen und Verfolgten jetzt nichts nützt, wenn beklagt wird, was Europa und die Staatengemeinschaft vor zehn Jahren alles versäumt haben. Dieses Argument ist sicherlich richtig. Das andere aber auch: Hätte man vor zehn Jahren einiges anders gemacht, wäre eine solche Situation gar nicht entstanden. Die beiden Perspektiven dürfen nicht gegeneinander gestellt, sie müssen integriert werden: Was macht man in konkreten Notsituationen, in die man hineingeraten ist, weil man im Vorfeld einiges versäumt hat oder auch gar nicht einwirken konnte? Die Menschen im Kosovo, die aus ihren Dörfern vertrieben oder in ihren Häusern zusammengeschossen werden, haben Anspruch auf Schutz. Dieser Anspruch läßt sich völkerrechtlich begründen, und dieser Anspruch kann nicht ignoriert werden, wenn wir in Europa und darüber hinaus in dauerhaft friedlichen und halbwegs rechtlich geordneten Verhältnissen leben wollen.

## Kinder morden Kinder

Die Vereinigten Staaten und ihre „Kultur des Todes“

*Das Massaker vom 20. April in der High School von Littleton hat den Blick auf die allgegenwärtige Gewalt in den USA gelenkt, die sich nicht zuletzt in solchen Mordtaten in Schulen äußert. Die Mehrheit der Amerikaner befürwortet die Todesstrafe und trotz aller auch kirchlicher Einreden folgt eine Exekution auf die andere – Anzeichen für eine „Kultur des Todes“ im Land der Menschenrechte.*

Am 3. April 1999 berichtete die New York Times, daß zwei elfjährige Zwillingbrüder in Kittrell (North Carolina) ihren Vater mit familieneigenen Waffen töteten sowie Mutter und Schwester durch Schüsse schwer verletzen. Die Kindertäter wurden inhaftiert und erwarten nun ein Verfahren wegen Mordes und schwerer Körperverletzung in zwei Fällen. Gerade einen Monat zuvor hatte die katholische Gouverneurin von Arizona, *Jane Hull*, im Zusammenhang mit den Hinrichtungen der deutschen Brüder *Karl* und *Walter LaGrand* das staatlich sanktionierte Töten verteidigt – „Bei uns ist die Todesstrafe populär“ (Süddeutsche Zeitung, 4.3.99) – und damit aufmerksame Leser in Deutschland, die das Geschehen beobachteten, das Fürchten gelehrt. *George Bush Jr.*, der sich als Gouverneur von Texas darauf vorbereitet, im Jahr 2000

als Präsidentschaftsbewerber der Republikaner benannt zu werden, vermeidet seinerseits keine Hinrichtung, die er in Texas durchführen lassen kann. Aber schon *Bill Clinton* hat in seiner früheren Amtszeit als Gouverneur von Arkansas keinen einzigen Exekutionsbefehl, der auf seinen Schreibtisch kam, in eine lebenslängliche Strafe umgewandelt. Die in Wahlkämpfen schon frühzeitig abgegebene Erklärung, daß ein Kandidat als Gouverneur die Todesstrafe ohne Milde anzuwenden gedenke, verhilft in den Staaten, welche die Todesstrafe praktizieren, in aller Regel dazu, auch in das Amt gewählt zu werden. So hatte der republikanische Gouverneursbewerber im Bundesstaat Pennsylvania im Herbst 1994 seinen Wahlspot mit der aggressiven Formel „tough on crime“ (unerbittlich gegen das Verbre-